

Europäer arbeiten länger

Die Erwerbsbeteiligung Älterer steigt europaweit, besonders stark in Deutschland. Aber es fehlt an alternsgerechten Arbeitsbedingungen.

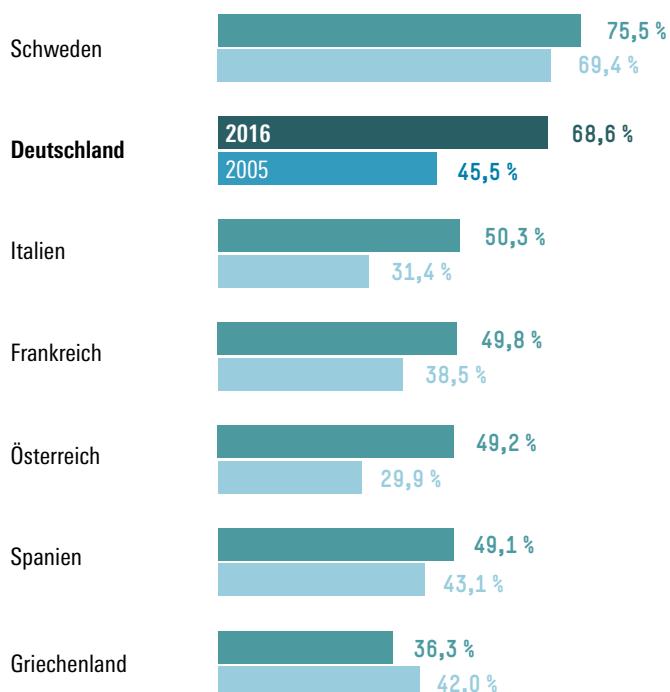
Ein immer größerer Teil älterer Menschen in der EU ist erwerbstätig. In Deutschland stieg die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen zwischen 2005 und 2016 um rund 23 Prozentpunkte – stärker als in jedem anderen EU-Land. Insgesamt sind hierzulande knapp 70 Prozent der Menschen in dieser Altersgruppe erwerbstätig. Zu diesem Ergebnis kommen Martin Brussig und Arthur Kaboth vom Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen in einer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie.

Die Erwerbstätigkeit von Älteren ist in allen EU-Ländern deutlich gestiegen. Lediglich in Griechenland gab es einen Rückgang. Das Land war 2016 zugleich Schlusslicht in Europa mit einer Alterserwerbsbeteiligung von insgesamt rund 36 Prozent. Auf die höchste Quote kam Schweden mit mehr als 75 Prozent. Große Unterschiede zeigen sich europaweit zwischen Männern und Frauen: Die Alterserwerbsbeteiligung von Männern ist in der Regel höher als die der Frauen. Die stärkeren Zuwächse waren zuletzt allerdings bei den Frauen zu beobachten.

Bei der Gestaltung alternsgerechter Arbeitsbedingungen und der sozialstaatlichen Absicherung älterer Beschäftigter sehen die Studienautoren große Defizite, auch in Deutschland: „Wir wissen aus unserer Forschung, dass sich gleichzeitig die soziale Ungleichheit beim Altersübergang vergrößert hat. Ein guter Teil der älteren Erwerbstätigen handelt sich über Phasen von prekärer Teilzeitbeschäftigung oder

Mehr Ältere im Job

Die Erwerbstätigenquote bei 55- bis 64-Jährigen betrug in ...



Quelle: Eurostat 2018

Grafik zum Download: bit.do/impuls1286 Daten: bit.do/impuls1287

Hans Böckler
Stiftung

Arbeitslosigkeit in Richtung Rente.“ Davon betroffen sind vor allem Menschen, die in körperlich anspruchsvollen Berufen arbeiten oder unter gesundheitlichen Einschränkungen leiden. Für Menschen, die zu krank für die Arbeit und zu gesund für die Rente sind, müsste es „passgenaue Lösungen“ geben, fordern die Forscher. ↩

Quelle: Arthur Kaboth, Martin Brussig: Alterserwerbsbeteiligung in Europa auch in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise im Aufschwung? Altersübergangsreport 01/2018
Download: bit.do/impuls1288

AUSBILDUNGSVERGÜTUNG

Eine Untergrenze muss sein

Bei den in Tarifverträgen vereinbarten Ausbildungsvergütungen gibt es erhebliche regionale Unterschiede: Im Kfz-Handwerk erhalten Azubis in Baden-Württemberg im dritten Lehrjahr 956 Euro, in Brandenburg werden nur 660 Euro gezahlt. Die Auszubildenden im Bauhauptgewerbe verdienen im dritten Jahr 1475 Euro im Westen, im Osten 1190 Euro. Neben den Unterschieden zwischen West und Ost lässt sich in einigen Branchen auch ein Nord-Süd-Gefälle beobachten. Das

zeigt ein Vergleich von 16 Branchen aus dem Tarifarchiv des WSI.

Ungeachtet der regionalen Unterschiede gilt: Wenn ein Betrieb nach Tarif bezahlt, sind Auszubildende in der Regel besser dran. „In der wachsenden Anzahl nicht-tarifgebundener Betriebe werden häufig deutlich niedrigere Vergütungen gezahlt“, erklärt Thorsten Schulten, Leiter des WSI-Tarifarchivs. Nach dem Berufsbildungsgesetz haben Auszubildende zwar ein Anrecht auf eine „angemessene Vergü-

tung“. Nach gültiger Rechtsprechung soll sich diese an den Tarifverträgen orientieren und darf deren Niveau nicht um mehr als 20 Prozent unterschreiten. Doch die Angemessenheit einer bestimmten Vergütung ist in Betrieben ohne Tarif kaum transparent. „Deshalb ist neben einer generellen Stärkung der Tarifbindung die im Koalitionsvertrag vereinbarte Einführung einer gesetzlichen Mindestausbildungsvergütung sinnvoll“, so Schulten. ↩

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Juli 2018 bit.do/impuls1289